

„Der Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters nach italienischem Recht“

**Ein Wortbeitrag zum CDH internationalen Forum
der Rechtsanwälte – München 10.-11.11.2006**

Gliederung

1. Einführung / Thema
2. Ausgleichsanspruch in Italien- Stand der Diskussion
3. Vorlagefragen an EuGH
4. Urteil des Kassationshofes Nr. 21309 vom 03.10.06
 - a) Voraussetzung des Ausgleiches
 - b) Berechnungsmethode des Ausgleiches

Dolce * Lauda
Arndtstraße 34-36
D-60325 Frankfurt a.M.
Tel: +49-69-92 07 15-0
Fax: +49-69-28 98 59
E-Mail: info@dolce.de
www.dolcelauda.com

Dr. André Castelli
Avvocato - Rechtsanwalt

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

1.

Gegenstand meines kurzen Berichts ist ein neues Urteil des italienischen Kassationshofes vom 03. Oktober 2006 (Nr. 21309) über den Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters, das das EuGH Urteil Honyvem ./ De Zotti vom 23. März dieses Jahres umsetzt.

Ich werde das Thema einführen und über die Positionen der Rechtsprechung in Italien sprechen, dann die Vorlagenfragen an dem EuGH behandeln und schließlich das Urteil des Kassationshofes insbesondere hinsichtlich Voraussetzungen und Berechnungsmethode des Ausgleichs vorstellen.

2.

Der Ausgleichsanspruch ist in Italien seit fünfzehn Jahren bekanntlich ein schwieriges, unsicheres Gebiet.

Verschiedene Gesetzesänderungen des Art. 1751 CC zur Umsetzung der Handelsvertreterrichtlinie, das Zusammentreffen mit den Tarifverträgen der Vertreterorganisationen der Unternehmen und der Handelsvertreter haben die italienische Lehre und Rechtsprechung gespalten.

Kernfrage war grundsätzlich die Wirksamkeit der Regelung der Tarifverträge, die einen Ausgleich vorsehen, der ungeachtet der Voraussetzungen der Richtlinie geschuldet wird und der nicht gemäß der Kriterien der Richtlinie, sondern auf der Grundlage bestimmter Prozentsätze der Provisionen berechnet wird.

Art. 19 der Richtlinie lässt keine Abweichung der Ausgleichsregelungen zum Nachteil des Handelsvertreter zu.

Daher war der Punkt entscheidend, ob die Ausgleichsregelung der Tarifverträge als nachteilig für den Handelsvertreter eingestuft werden durfte.

Nach der herrschenden Meinung in der Rechtsprechung – ohne ins Detail gehen zu wollen – musste eine diesbezügliche Beurteilung ex ante und daher abstrakt durchgeführt werden, mit dem Ergebnis, dass die Regelung der Tarifverträge, nach der der Handelsvertreter immer einen - wenn auch geringen - Ausgleich erhält, günstiger als die gesetzliche Regelung ist und somit wirksam und immer vorrangig ist.

Die Mindermeinung dagegen vertrat die Auffassung, dass man in den Einzelfällen eine ex post Beurteilung nach den Umständen des Falles durchführen müsste, so dass die Tarifverträge nur dann Anwendung finden würden, wenn der Handelsvertreter die Voraussetzungen der für ihn günstigeren gesetzlichen Regelungen nicht beweisen kann.

3.

Der Kassationshof hat letztendlich zwei Auslegungsfragen dem EuGH vorgelegt: die erste betraf die Vereinbarkeit der Regeln der Tarifverträge mit der Richtlinie, die zweite die Berechnungsmodalitäten des Ausgleichs. Der EuGH folgt bei der Beantwortung der ersten Frage anfangs die in Italien herrschende Meinung und ist der Auffassung, dass die Günstigkeitsbeurteilung ex ante zu erfolgen hat.

Der EuGH stellt jedoch dann klar, dass eine Abweichungsregelung nur dann nicht nachteilig und somit gültig ist, wenn sie dem Handelsvertreter in Hinblick auf alle Rechtbeziehungen systematisch und immer einen Ausgleich gewährt, der denjenigen, der sich bei Anwendung der Richtlinie ergäbe, übersteigt oder zumindest entspricht. Der EuGH überlässt es dem Kassationshof, die insoweit erforderlichen Prüfungen durchzuführen.

Man könnte zu dem Ergebnis kommen, dass nach dieser Entscheidung des EuGH die Ausgleichsregel der Tarifverträge als nichtig zu betrachten sind und keine Anwendung mehr finden sollen.

4.

Der Kassationshofes hat jedoch in seinem Urteil vom 3. Oktober dieses Jahres folgenden Grundsatz verkündet:

a) Art. 1751 Abs. 6 des C.C. ist so auszulegen, dass der Richter die Vorschriften anzuwenden hat, die dem Handelsvertreter unter Berücksichtigung der Umstände des beendeten Verhältnisses das bessere Ergebnis sichern, weil aus der vorgeschriebenen Unabdingbarkeit zuungunsten des Handelsvertreter folgt, dass der nach den gesetzlichen Vorschriften vom Richter festgesetzte Betrag über den niedrigeren Betrag, der dem Handelsvertreter nach vertraglichen, individuellen oder tariflichen Regeln zusteht, Vorrang haben muss. Der Kassationshof verweist dann die Sache an das Oberlandesgericht mit der Aufgabe zu prüfen, ob unter Anwendung des vorgenannten Rechtsgrundsatzes dem Handelsvertreter gemäß Art. 1751 des C. C. eventuell ein höherer Ausgleich aus derjenige, der ihm die Tarifverträge zusichern, zustehen würde. Nach dem Kassationshof bleibt also eine Günstigkeitsprüfung ex post durchzuführen und somit Anwendungsspielraum für die Regeln der Tarifverträge.

Bleibt es bei dieser italienischen Rechtsprechung, die der tariflichen Regelung im Gegensatz zum EuGH eine Funktion bewahren will, wird der Richter dem Handelsvertreter jeweils den höchsten Ausgleichsbetrag zusprechen wird, den er in entweder in Anwendung des Art. 1751 C. C. oder in Anwendung der tariflichen Regelung berechnet.

b) Hinsichtlich der Berechnungsmethode möchte ich noch kurz zu der Beantwortung der zweiten Auslegungsfrage kommen. Der EuGH hat festgestellt, dass die Mitgliederstaaten zur Berechnung des Ausgleichs einen Gestaltungsspielraum haben, den sie insbesondere nach Maßgabe der Billigkeit nutzen können.

Der Kassationshof übernimmt diesen Grundsatz und legt Art. 1751 dergestalt aus, dass der Richter bei der Berechnung synthetische Methoden unter Berücksichtigung der Billigkeitsprinzip anwenden kann. Ausgangspunkt ist die von der Richtlinie vorgegebene Höchstgrenze. Der Ausgleich des Art. 1751 C. C. setzt nach dem Urteil des Kassationshofes daher voraus, dass der Unternehmer erhebliche Vorteile aus der Tätigkeit des Handelsvertreter behält und dass die Zahlung des Ausgleichs unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der dem Handelsvertreter entgehenden Provisionen, der Billigkeit entspricht.

Auch um die Höhe des Ausgleiches zu bestimmen, zwingt daher die Billigkeit den Tatsachenrichter, aller Umstände des Falles zu berücksichtigen.

Wir haben vom Kassationshof daher zunächst nur Grundsätze zur Berechnung des Ausgleichs erhalten und müssen die Entscheidungen der Tatsachenrichter abwarten, um die Berechnung des Ausgleiches, den der Handelsvertreter von einem italienischen Richter zu erwarten hat, zu konkretisieren.